

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3423/09
von Hiltrud Breyer (Verts/ALE)
an die Kommission

Betrifft: Elektromog-sensible und -geschädigte Personen in Europa

Laut einer internen Erhebung des Bundesamtes für Strahlenschutz sind in Deutschland mehrere tausend elektrosensible Menschen auf der Flucht vor elektromagnetischen Strahlen z. B. von Handys, Mobilfunksendern oder WLAN. Das Bundesamt schätzt, dass in Deutschland rund sechs Prozent der Bevölkerung mit Krankheitssymptomen auf hochfrequente Strahlung reagieren – mit steigender Tendenz.

1. Hat die Kommission Erkenntnisse über die Zahl der elektrosensiblen Menschen in ganz Europa? Wenn nein, plant sie hierzu Erhebungen durchzuführen?
2. Hat die Kommission Erkenntnisse darüber, wie viele elektrosensible Menschen in der EU auf der Flucht vor elektromagnetischen Strahlen sind? Wenn nein, plant sie hierzu Erhebungen durchzuführen?
3. Was hält die Kommission von Bestrebungen, für elektrosensible Menschen so genannte Strahlenschutzgebiete einzurichten, wie dies beispielsweise in Schweden der Fall ist?
4. Wie beurteilt die Kommission das schwedische Vorgehen, Elektrosensibilität als Behinderung anzuerkennen?
5. Es gibt mehrere EU-Mitgliedstaaten, die schärfere Grenzwerte für Elektromog als die 1999 für die EU empfohlenen haben. Ist die Kommission nicht auch der Meinung, dass in allen EU-Mitgliedstaaten dasselbe hohe Schutzniveau gelten sollte? Wird sich die Kommission diesbezüglich für eine Verschärfung der Grenzwerte einsetzen? Macht nicht die steigende Zahl der Elektromog-Geschädigten deutlich, dass es europaweit strikterer Grenzwerte bedarf?